

Kulturpolitikforschung in Österreich und in Deutschland – beides probiert, kein Vergleich.

Michael Wimmer/ Februar 2019

Die kulturpolitische Diskussion in Deutschland und in Österreich steht traditionell in einem engen, wenn auch ambivalenten Verhältnis. Das liegt in der gemeinsamen Sprache der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft¹, verweist darüber hinaus auf Parallelitäten aber auch Unterschiede der politischen Geschichte, in der kulturelle Fragen immer wieder große Bedeutung zugekommen ist.

So ist Österreich nicht erst mit der Republikgründung vor nunmehr hundert Jahren mit der Erfahrung einer besonderen Abhängigkeit von einem „großen Bruder“ konfrontiert. Damals sahen die politischen Repräsentanten des deutschsprachigen Bevölkerungsteils nach dem Grauen des Ersten Weltkriegs wenig Chancen auf Überlebensfähigkeit eines unerwartet auf sich selbst gestellter Restes der Vielvölker-Monarchie. Schon mit der Bezeichnung „Deutsch-Österreich“, wie das politische Konstrukt nach 1918 hieß, wurde der Wunsch nach ehebaldige Eingliederung in ein größeres Deutschland, dem man sich kulturell zugehörig wähnte, deutlich. Auch wenn sich die Siegermächte klar dagegen aussprachen sollte es einem nach Deutschland emigrierten Österreicher schon wenige Jahre später möglich sein, im Taumel der Begeisterung seiner Landsleute Österreich in sein nationalsozialistisches Deutsches Reich einzugliedern. Die Begründung dafür lieferte einmal mehr der Anspruch einer deutschen kulturellen Suprematie, der es galt, wenn notwendig, mit äußerster Gewaltanwendung eine gemeinsame politisch-institutionelle Gestalt zu geben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versicherten sich die politischen Eliten des wieder auf sich zurückgeworfenen kleinen, dazu in vier Besatzungszonen geteilten Österreich des riesigen Potentials eines aus der multinationalen Monarchie stammenden kulturellen Erbes. Mit seiner Hilfe begann eine einmalige Erfolgsgeschichte der „Kulturgroßmacht Österreich“², die nach außen nur allzu bald die Beteiligung einer überdurchschnittlichen Anzahl an Österreicher*innen am NS-Terror-Regime vergessen ließ³ und nach innen im Zuge eines beispiellosen Wiederaufbauprogramms wesentlich zur Konsolidierung eines nationalen Zugehörigkeitsgefühls beizutragen vermochte.⁴

Diese, vor allem von konservativen Kräften getragene Kulturpolitik bedurfte keiner Begleitforschung; ihr Anspruch kultureller Hegemonie verstand sich – in nostalgischer Rückschau auf feudale Verhältnisse in einer vermeintlich besseren Vergangenheit – in diesem traditionell katholischen Land, in dem die Gegenreformation ihre größten Siege zu feiern vermochte, als quasi natur- bzw. gottgegeben. Eine daraus resultierende Wissenschaftsfeindlichkeit, die darauf abzielt, die Sinnlichkeit des künstlerischen Ausdrucks die Fähigkeit der Reflexion unversöhnlich gegenüberzustellen,

¹ Dazu das Karl Kraus zugeschriebene Bonmot: "Was die Österreicher und die Deutschen trennt, ist ihre gemeinsame Sprache."

² Siehe dazu u.a.: Wimmer, Michael (2006): Konservative Kulturpolitik seit 2000:

Eine Radikalisierung aus dem Geist der austriakischen Restauration. Online:

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/6414/ssoar-oezp-2006-h_3-wimmer-konservative_kulturpolitik_seit_2000.pdf?sequence=1 (letzter Zugriff 12. Februar 2019)

³ Um erst im Zuge der sogenannten Waldheim-Affäre 1986 noch einmal unsanft daran erinnert zu werden.

Siehe dazu: <https://de.wikipedia.org/wiki/Waldheim-Aff%C3%A4re> (letzter Zugriff 12. Februar 2019)

⁴ Siehe dazu etwa Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Wien

charakterisiert weite Teile des österreichischen Kulturbetriebs bis heute. Ihre Wortführer versuchen sich dabei mit der Behauptung der Einmaligkeit, Unvergleichbarkeit und Unmessbarkeit künstlerischen Handelns vor allem einer (sozial-)wissenschaftlichen Analyse zu entziehen trachtet. Anwälte dieser kategorialen Differenz war damals ein, in autoritären Herrschaftsformen sozialisiertes Old-Boys-Network, an dem sich eine junge Künstler*innen-Generation der Nachkriegszeit nachhaltig die Zähne ausbeißen sollte, umso mehr, als diese ihr gegenkulturelles Tun ebenso wie die institutionellen Repräsentanten auf keinerlei gesellschaftspolitische Konzeptionen zu beziehen vermochte.

In Österreich gibt es keine Tradition der kulturpolitischen Forschung

Das sollte sich mit der Übernahme der Bundesregierung durch die Sozialdemokratie unter Bruno Kreisky ändern. Während der damals neue Bundeskanzler eine „durchaus radikale Kulturpolitik“⁵ einmahnte, die sich auch und gerade an bisher diskriminierte Künstler*innen richten sollte, entwarf der für Kulturpolitik zuständige Unterrichtsminister Fred Sinowatz erstmals die Grundzüge eines, auf der gesellschaftspolitischen Reformstrategie der regierenden Sozialdemokratie aufbauendes kulturpolitischen Konzepts. Dieses enthielt neben den damals auch in Deutschland propagierten Demokratisierungsabsichten auch einen Passus zur „Objektivierung der kulturpolitischen Entscheidungsfindung“⁶. Dessen Umsetzung sollte als Ausweis der Modernität auch im Feld der Kultur erste Versuche einer kulturpolitischen Begleitforschung einläuten. Konkret wurde das Institut für Sozialforschung ifes mit einer repräsentativen Studie zum kulturellen Verhalten der Österreicher*innen beauftragt⁷. Das Ergebnis war ziemlich ernüchternd; das kulturelle Verhalten wurde insgesamt als ungenügend eingeschätzt, vor allem das zeitgenössische Kunstschaffen bliebe außerhalb des Erfahrungshorizontes der allermeisten Menschen.

Die ernüchternden Befunde bewog Mitte der 1970er Jahre den engsten Kreis des Unterrichtsministers in einer Nacht-und-Nebel-Aktion einen „Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog“⁸ zu formulieren. Dieser setzte sich zum Ziel, das Angebot des konservativen Kulturbetriebs breiteren Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Wesentliche Unterstützung erhielten die Autoren einmal mehr aus Deutschland, wo eine intensive kulturpolitische Diskussion rund um Hilmar Hoffmanns „Kultur für alle“⁹ und Hermann Glasers „Bürgerrecht Kultur“¹⁰ ausgebrochen war. Diese Vorreiter einer „Neuen Kulturpolitik“¹¹ vermeinten sich mit der Machtübernahme der Sozialdemokratie am Ende einer Unterdrückungsgeschichte, für deren Fortbestand ein elitärer, soziale Gruppen ausgrenzender Kulturbetrieb allzu lange Legitimation geliefert hatte. In ihren Überlegungen sollte fortan eine eng mit emanzipatorischer Politik verbundene (Sozio-) Kultur die Demokratisierung nicht nur des kulturellen Angebotes sondern damit gleich der ganzen Gesellschaft vorangetrieben werden.

⁵ Kreisky, Bruno (1977): Die Kultur soll die Welt verändern. Zeitdokumente 10, Wien

⁶ Siehe dazu: Wimmer, Mihael (2011): Kultur und Demokratie. Eine systematische Darstellung der Kulturpolitik in Österreich. Innsbruck. p 132 f

⁷ Ifes (1975): Grundlagenforschung im kulturellen Bereich. Wien

⁸ Veröffentlicht im Kunstbericht 1975 des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst. Online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XIV/III/III_00044/imfname_562668.pdf (Letzter Zugriff 10. Februar 2019)

⁹ Hoffmann, Hilmar (1979): Kultur für alle. Perspektiven und Modelle. Frankfurt

¹⁰ Glaser, Hermann/Stahl, Karl H. (1983): Bürgerrecht Kultur. Frankfurt

¹¹ Siehe dazu u.a.: <https://www.kubi-online.de/stichwort/neue-kulturpolitik> (Letzter Zugriff 10. Februar 2019)

Der Autor war selbst viele Jahre Mitwirkender an der Umsetzung dieses kulturpolitischen Maßnahmenkataloges. Als solcher leitete er den Österreichischen Kultur-Service (ÖKS)¹², dem als eine ministeriellen Vorfeldorganisation die Aufgabe zukam, im Rahmen vielfältiger Begegnungen vor allem mit dem zeitgenössischen Kulturschaffen das kulturelle Verhalten junger Menschen zu verbessern. In einer historischen Situation, die den gesellschaftlichen Fortschritt als historische Notwendigkeit sah, wusste sich der ÖKS getragen von der – in der Rückschau gesehen – doch recht naiven Hoffnung, dass alle Schüler*innen, die die Möglichkeit hätten, einem Komponisten beim Komponieren über die Schulter zu blicken, eine aktivere, in jedem Fall positive Rolle in der Gesellschaft einnehmen würden.

Und erste Erfolge stellten sich ein. Diese wurden zwar nicht wissenschaftlich eruiert, dafür aber kabarettistisch interpretiert: Wieder war es ein Deutscher, diesmal Dieter Hildebrandt, der in einem Programm des Münchner Scheibenwischer die Ergebnisse der zweiten Auflage der Befragung zum kulturellen Verhalten im Jahr 1981 dahingehend interpretierte, dass in Österreich ein Hang zum Zweitbuch zu konstatieren sei¹³.

Nicht alle fanden sich durch die auch nach Österreich überschwappende „Neue Kulturpolitik“ vertreten. Sie experimentierten an der Entstehung eines, von staatlicher Einflussnahme unabhängigen, „freien“ Kultursektors. Daraus entstand sukzessive ein dichter werdendes Netz an regionalen Kulturinitiativen, dessen kulturpolitische Logik sich gegen die ungebrochene Übermacht eines bourgeoisen Kulturbetriebs¹⁴ richtete und sich ansonsten in einem – auf naivem Glauben an die Verbesserung der Welt beruhenden - Aktionismus erschöpfte. Es blieb damals Jeff Bernard, einem Kollegen am Institut für Semiologie an der Universität für angewandte Kunst vorbehalten, einen ersten wissenschaftlichen Systematisierungsversuch für diese neu entstehende Form der Kulturbetrieblichkeit zu unternehmen¹⁵.

Von Kulturpolitik zu Kulturmanagement – Als der Kulturbetrieb den Marktkräften überlassen wurde.

Bereits Ende der 1970er Jahre zeigten sich erste Vorboten der Erschöpfung sozialdemokratischer Reformpolitik; immer deutlicher manifestierte sich der Bedeutungszuwachs wirtschaftlicher Sichtweisen zu Lasten der Durchsetzung genuin politischer Interessen. Ein damit verbundener gesellschaftlicher Klimawandel hatte auch massive Auswirkungen auf den Kulturbetrieb. Dieser sah sich mit der ökonomischen Durchdringung aller Lebensbereiche in bislang unbekannter Weise mit der Logik des Marktes konfrontiert. Auf dem Weg von sogenannten nachgeordneten Dienststellen staatlicher Verwaltung über Teilrechts- zur Vollrechtsfähigkeit kam es zu einer Vielzahl betriebswirtschaftlicher Untersuchungen, deren Ergebnisse in der Folge die kulturpolitische Entscheidungsfindung zunehmend beeinflussen, ja ab den 1990er Jahren den zunehmend als alternativlos gesehenen Maßstab kulturpolitischen Handelns bilden sollten.

Auf dieser Grundlage konnte sich vor allem im universitären Bereich ein neuer Fachzusammenhang der Kulturbetriebslehre herausbilden. Dessen thematische Felder sollten bald über staatliche

¹² https://www.musiklexikon.ac.at/ml/musik_K/Kulturservice.xml (Letzter Zugriff 10. Februar 2019)

¹³ Siehe dazu: <https://www.zeit.de/2007/42/Kulturverhalten/komplettansicht> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

¹⁴ Damals forderte der französische Komponist und Dirigent Pierre Boulez: „Schlachtet die heiligen Kühe!“. Online: <http://educult.at/wimmers-weekly/%e2%80%9eachtung-demokratie%e2%80%9c/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

¹⁵ Institut für sozio-semiotische Studien (1995): Strukturen autonomer Kulturarbeit in Österreich. Wien

Kulturinstitutionen hinaus weisen, um sich des wachsenden Sektors der kommerziellen Kulturindustrie zu widmen. Damit ist ein schleichendes Überhandnehmen einer weitgehenden „Verbetriebswirtschaftlichung“ von Kulturpolitik und damit auch Kulturpolitikforschung¹⁶ zu konstatieren. Diese Entwicklung ging Hand in Hand mit neuen Ausbildungsformen im Bereich des Kulturmanagements, die dem wachsenden Anspruch an Professionalisierung des Kultursektors zu entsprechen suchte. Die Folgen zeigen sich erst heute in ihrem ganzen Ausmaß, wenn eine auf den Kulturbetrieb bezogene Kulturpolitik ihres politischen Kerns weitgehend entledigt erscheint (und so auch nicht beforscht werden kann). Statt dessen regiert ein auf Effizienz gerichtetes Kulturmanagement.

Dieser Prozess gestaltete sich freilich nicht stromlinienförmig. Immerhin nahm Österreich zu Beginn der 1990er Jahre am Europaratsprogramm zur Evaluierung der nationalen Kulturpolitiken teil. Wichtigstes Ergebnis einer „Darstellung und Analyse der Kulturpolitik in Österreich“¹⁷ war 1993 ein neuer, auch institutionell verankerter Kulturforschungszugang in Gestalt der Österreichischen Kulturdokumentation¹⁸. Diese Forschungseinrichtung sollte sich in der Folge vor allem mit der Einschätzung europäischer Programme sowie mit Fragen der Cultural and Creative Industries auseinandersetzen.

Ebenfalls in den 1990er Jahren kam es unter dem sehr kunstaffinen Bundesminister Rudolf Scholten nochmals zu einem Aufleben programmatischen Denkens im Bereich der Kulturpolitik. In Fortsetzung des kulturpolitischen Maßnahmenkataloges wurde von der Forschungsgruppe IKUS ein Entwurf für eine „Kulturpolitik der Neunziger Jahre“¹⁹ erstellt, der jedoch keine Form der Umsetzung finden und daher in Bezug auf seine möglichen Wirkungen nicht beforscht werden konnte. Ein ähnliches Schicksal sollte die kulturpolitische Initiative zur Formulierung eines „Weißbuches Kultur“²⁰ aus 1999 erfahren, die im Nachhinein als wirkungslose Beschäftigungstherapie für eine Reihe von Expert*innen mit kulturpolitischen Ambitionen angesehen werden muss.

Die Konsequenzen einer solchen, historisch gewachsenen Prekarität kulturpolitischer Forschung in Österreich lässt sich gut anhand eines Vergleiches der kulturpolitischen Gesellschaften in Deutschland und in Österreich charakterisieren. Während die deutsche Version einen vielfältigen Zusammenschluss der wesentlichen kulturpolitischen Akteure darstellt, der zudem ein eigenes Forschungsinstitut²¹ betreibt und mit einer Reihe von Medien eine interessierte Öffentlichkeit mit aktuellen kulturpolitischen Themenstellungen konfrontiert, beschränkt sich der österreichische Ableger²² auf gelegentliche Treffen im kleinen Kreis ohne jede Chance der realen politischen Einflussnahme.

Kulturpolitik in Österreich ist durch ein hohes Maß an Informalität und Personalisierung geprägt

Insgesamt hat ein traditionell gewachsenes Abwehrverhalten des Kulturbetriebes ebenso wie der Kulturpolitik gegenüber Erkenntnissen einer Kulturpolitikforschung zu einem hohen Ausmaß an

¹⁶ Siehe dazu etwa die Entwicklung des Instituts für Kulturmanagement und Gender Studies an der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien. Online: <https://www.mdw.ac.at/ikm/ikm-bibliothek/kulturbetriebslehre/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

¹⁷ Siehe dazu Wimmer, Michael (1995): Kulturpolitik in Österreich: Darstellung und Analyse. Innsbruck

¹⁸ <http://www.kulturdokumentation.org/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

¹⁹ IKUS – Institut für Kulturstudien (1992): Kulturpolitik für die Neunziger Jahre. Wien

²⁰ Republik Österreich (1999): Weißbuch zur Reform der Kulturpolitik in Österreich. Wien

²¹ <https://kupoge.de/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²² <http://www.kulturpolitik.at/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

Personalisierung und Informalität der kulturpolitischen Entscheidungsfindung geführt. Darüber hinaus konnten punktuelle kulturpolitische Analysen aus unterschiedlicher Disziplinsicht den zunehmenden Marktdiktaten wenig entgegen setzen. So vermochte sich eine konsistente, eine breitere Öffentlichkeit ansprechende Kulturpolitikforschungsszene in Österreich bislang nicht etablieren. Das hat durchaus negative Konsequenzen für eine wachsende Anzahl von Akteuren, wenn selbst elementare Erkenntnisse etwa im Bereich der sozialen Lage von Künstler*innen“ keinerlei Wirkungen auf die kulturpolitische Entscheidungsfindung zeigen, die von einem fast schon ostentatives Desinteresse an diesbezüglichen Erkenntnissen gekennzeichnet ist²³. Diese Ignoranz gegenüber wissenschaftlich erhobenen Datenanalysen zeigt sich auch im generellen Verhalten der großen staatlichen Kulturinstitutionen, die zunehmend auf Quote getrimmt werden und darüber hinaus argumentieren, die ohnehin knappen Mittel lieber für künstlerische Aktivitäten als für Begleitforschung verwenden zu wollen.

Als sich die Kulturpolitik aus dem Kunstfeld verabschiedete und im Bereich der Migration und Integration einen neuen Kulturkampf einläutete

Eine Zustandsbeschreibung der kleinen, weitgehend isoliert agierenden Kulturpolitikforschung darf nicht unerwähnt lassen, dass das österreichische politische System seit Mitte der 1980er Jahre einem fundamentalen Wandel unterliegt. Treibende Kraft dahinter ist die Freiheitliche Partei, die mit Jörg Haider die Abwehr von Fremden, mehr des Fremden schlechthin zu ihrem zentralen Thema gemacht hat. Darunter versteht sie nicht nur Zugewanderte sondern auch Künstler*innen oder Intellektuelle, die Kritik am rechtsradikal ausländerfeindlichen Kurs der Partei üben. Ihnen wird die Zugehörigkeit zu einem „echten Österreichertum“ abgesprochen²⁴.

Die, das traditionelle politische System herausfordernde FPÖ kam 2000 zusammen mit den Konservativen an die Regierung. Zur Befestigung ihres Machtanspruches mobilisierte die von europäischen Sanktionen bedrängte schwarz-blaue Bundesregierung nochmals erfolgreich den nostalgischen Reflex von der großen „Kulturnation“. Während sie mit großem Aufwand das Mozart-Jahr 2006 inszenierte, schreckten selbst führende Kulturpolitiker*innen nicht davor zurück, die Autorin Elfriede Jelinek anlässlich der Verleihung des Literaturnobelpreises 2004 öffentlich zu verhöhnen²⁵. Die Angst vor einer revanchistischen Kulturpolitik führte immerhin dazu, dass das Institut für Kulturmanagement in diesen Jahren anhand der jährlichen Kunstberichte eine fundierte Analyse der staatlichen Förderschwerpunkte vorlegte.²⁶

Als 2007 nochmals die Sozialdemokratie zusammen mit den Konservativen die Regierungsmacht übernahm, versuchte die Bundesministerin für Bildung, Kunst und Kultur Claudia Schmied, an den Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog der 1970er Jahre anzuknüpfen und sich in besonderer Weise

²³ So hat zuletzt eine lange Zeit unter Verschluss gehaltene Studie zur sozialen Lage der Künstler*innen in Österreich ergeben, dass das durchschnittliche Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit gerade einmal Euro 5.000 pro Jahr beträgt. Online: <https://www.kunstkultur.bka.gv.at/documents/340047/651233/EB-Soziale-Lage-Kunstschafter-Kunst-Kulturvermittler-nb.pdf/7c96ed2a-b5ab-4520-958b-827b80c9df57> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²⁴ Mit der Plakatierung des Slogans "Lieben Sie Scholten, Jelinek, Häupl, Peymann, Pasterk oder Kunst und Kultur?" organisierte die FPÖ im Rahmen des Wiener Gemeinderatswahlkampfes 1995 einen "Kulturkampf" forderte "Freiheit der Kunst statt sozialistischer Staatskünstler. Online: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/bilder.html?index=562> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²⁵ Siehe dazu etwa: https://www.zeit.de/2004/42/Literatur_Nobelpreis (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²⁶ Institut für Kulturmanagement und Kulturwissenschaft (2004, 2005, 2006): Kulturförderung des Bundes. Wien

für Kunst- und Kulturvermittlung stark zu machen. Dazu wurde bei EDUCULT auch eine Studie „Vielfalt und Kooperationen – Kulturelle Bildung in Österreich“²⁷ in Auftrag gegeben. Schmieds Versuche, bislang benachteiligte Zielgruppen im Kulturbetrieb stärker zu berücksichtigen, folgten freilich nicht mehr vorrangig dem Erziehungsziel einer „Emanzipation eine starken Subjekts“ sondern der Erwartung, dank erhöhter Auslastungszahlen die Legitimation staatlich privilegierter Kulturinstitutionen zu erhöhen. Dies umso mehr, als ein Kulturmonitoring 2007 ergeben hat, dass staatliche Förderung im Kulturbereich von immer weniger Bürger*innen, zumal von solchen mit geringer Bildung, goutiert wird²⁸.

Der hohe Grad an Personalisierung der österreichischen Kulturpolitik zeigt sich u.a. in dem Umstand, dass die Nachfolgerin von Claudia Schmied als Unterrichtsministerin den Aspekt der Kunst- und Kulturvermittlung von ihrer Agenda gestrichen hat, ohne dass dies zu größeren Irritationen geführt hätte. In der Konsequenz zeigen sich diesmal beträchtliche Unterschiede der kulturpolitischen Schwerpunktbildung zwischen Deutschland und Österreich, wenn die „Kulturnation“ spätestens seither nicht mehr an die breite kulturpolitische Diskussion um „kulturelle Teilhabe“ in Deutschland anzuschließen vermag. Stattdessen verlässt sich Kulturpolitik darauf, mit geeigneten Marketingmaßnahmen ein immer größeres touristisches Publikum für das kulturelle Angebot zu interessieren, ohne dass vom staatlichen Kulturbetrieb noch einmal nachhaltige Impulse für signifikante gesellschaftspolitische Entwicklungen ausgehen würden²⁹.

Damit spricht vieles für die Annahme, dass die österreichische Kulturpolitik drauf und dran ist, sich von einem Kulturbetrieb zu verabschieden, der somit weitgehend auf die Beherrschung der marktwirtschaftlichen Logik verwiesen wird. Der Slogan „Kultur für alle“ ist damit zu einer Marketing-Strategie verkommen, deren Erfolg sich an der größtmöglichen Zahl an Konsument*innen orientiert. Daran haben auch die Versuche, Kulturpolitikforschung institutionell – etwa im Rahmen der Habilitation des Autors zum Thema an der Universität für angewandte Kunst – besser zu verankern, nur wenig zu ändern vermocht.³⁰ Und auch EDUCULT³¹ als einziges gemeinnütziges außeruniversitäres Institut im Bereich der angewandten Kulturpolitikforschung hätte in Ermangelung hinreichender Auftraggeberschaft in Österreich keine Existenzberechtigung – Da können die wenigen österreichischen Kulturpolitikforscher*innen nur neidvoll nach Hildesheim blicken³².

Als Kulturpolitik aufhörte zu integrieren und stattdessen zu segregieren

Wenn die Vertreter*innen einer „Neuen Kulturpolitik“ der 1970er und 80er Jahre diese als eminenten Beitrag zu Gesellschaftspolitik interpretiert haben, so zeigen sich heute immer deutlicher

²⁷ EDUCULT (2007): Vielfalt und Kooperationen – Kulturelle Bildung in Österreich. Wien. Online: http://www.educult.at/wp-content/uploads/2011/08/vielfalt_kooperation_gross2007.pdf (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²⁸ https://www.kunstkultur.bka.gv.at/documents/340047/651233/kulturmonitoring_2007.pdf/db5005e5-0239-4531-9ec3-e078420309a2 ((letzter Zugriff 10. Februar 2019)

²⁹ Siehe dazu etwa die Werbekampagne des Wiener Museumsquartiers: https://www.facebook.com/pg/MuseumsQuartierWien/photos/?tab=album&album_id=224656770924770 (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³⁰ Die Initiative Fokus – Institute for Cultural and Media Economics hat immerhin eine Zeitlang versucht, eine informelle Basis für eine verbesserte Zusammenarbeit zu eröffnen. Online: <https://fokus.or.at/tag/kulturpolitik/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³¹ www.educult.at (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³² Zumindest einige Arbeitsfelder der Kulturpolitikforschung haben sich mittlerweile auf eine regionale bzw. lokale Ebene verlagert, etwa im Bereich der Kulturentwicklungsplanung, die versuchen, durch Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit, die Fahne von kultureller Partizipation hochzuhalten.

die Umrise einer damals völlig undenkbarer Umkehr. Und doch werden die Umrise einer Kulturpolitik, die drauf und dran ist, zu einem eminenten Stützpfeiler einer dominant gewordenen rechten kulturellen Hegemonie zu werden, immer deutlich. Kulturpolitik wird damit nicht mehr als politisches Instrument zur Überwindung überkommener sozialer Schranken („Vermittelstündigung“³³) sondern zum Lackmustest bei der Unterscheidung des „Eigenen“ vom „Fremden“ uminterpretiert. Während rechtsradikale Initiativen wie die „Identitären“ nur allzu gerne ehemals links-alternative Strategien gegen das verhasste Establishment übernehmen, wird Kultur wieder essentialistisch verhandelt und für ethnische Grenzziehungen genutzt³⁴.

Geht es nach den aktuellen demographischen Datenlagen, dann nähert sich Österreich wieder den Zustand eines „Melting Pot“ von vor 100 Jahren. Kaum ein anderer europäischer Kleinstaat verfügt über so viele Erfahrungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sprachlicher, religiöser oder kultureller Zugehörigkeit. Diese Erfahrungen haben wesentlich zur besonderen Qualität des österreichischen Kulturbetriebes beigetragen. Getrübt werden sie freilich durch das immer wieder versuchte politische Überhandnehmen kultureller Homogenisierungsphantasien, die nicht nur Österreich heute wieder drohen einzuholen.

Die wesentliche Erkenntnis, die sich aus diesen widersprüchlichen Erfahrungen ergibt, besteht in der Einsicht, dass Kultur nicht nur einen Beitrag zur Verbesserung sondern auch zur Verschlechterung der Lebensbedingungen in einer Gesellschaft zu leisten vermag, wenn sich die sie bedingenden politischen Interessenlagen nachhaltig ändern. Diesbezügliche Absichten sind im kulturpolitischen Handeln der seit 2018 regierenden Koalitionsregierung aus konservativen und rechtspopulistisch bis rechtsradikalen Kräften unübersehbar. Besonders hervor tun sich dabei deutschnationale Burschenschafter, die scheinbar nahtlos an nationalsozialistische Rhetorik anschließen und mittlerweile den Staatsapparat tief durchdrungen haben³⁵. Während Kultur zunehmend als Elitenprojekt denunziert wird, werden Menschen entlang ihnen zugeschriebener kultureller Unterschiede gegeneinander aufgehetzt. Dagegen formiert sich nicht nur in Österreich Widerstand, auch wenn die Gewöhnungskräfte nach dem zweiten Anlauf suggerieren, sich mit den neuen politischen Verhältnisse zu arrangieren, selbst wenn dies bedeutet, damit wesentliche zivilisatorische Errungenschaften eines demokratische verfassten Europa preis zu geben.³⁶

Wie wollen wir wissenschaftlich umgehen mit einer Kulturpolitik in Zeiten rechter kultureller Hegemonieansprüche?

Ob wir es wollen oder nicht: Diese grundsätzlichen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen haben gravierende Auswirkungen auch auf das Feld der Kulturpolitikforschung. Vieles spricht dafür, dass sich ihre Vertreter*innen nicht mehr auf einen advokativen Zugang beziehen können, wonach ein naives Mehr an Kultur eine quasi automatische Verbesserung der

³³ Sie dazu etwa: <https://www.kubi-online.de/print/pdf/node/5663> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³⁴ Siehe dazu die Ergebnisse der europäischen Tagung „Kulturpolitik und Rechtspopulismus“, die 2017 an der Universität für angewandte Kunst Wien stattgefunden hat. Online: <http://educult.at/veranstaltungen/europaeisches-symposium-kulturpolitik-und-rechtspopulismus/> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³⁵ Siehe dazu etwa: <https://kurier.at/politik/inland/scharsach-ueber-die-fpoe-rechtsextreme-akademiker-clique/283.584.852> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

³⁶ Dies zeigt sich aktuell an der Infragestellung der Menschenrechtskonvention durch den Innenminister. Online: <https://derstandard.at/2000097149277/Wie-Oesterreich-ohne-Menschenrechte-aussaehe> (letzter Zugriff 10. Februar 2019)

gesellschaftlichen Verhältnisse zuschreibt³⁷. Stattdessen werden wir nicht darum herumkommen, die sich dramatisch verändernden politischen Rahmenbedingungen in unseren Forschungszugängen stärker zu berücksichtigen. Sie sind drauf und dran, unsere Vorstellungen von Kultur samt den damit verbundenen gesellschaftspolitischen Auswirkungen nachhaltig zu verändern. Damit ist es den politischen Vertretern einer „konservativen Wende“ gelungen, Kulturpolitik für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, die fortan aus dem Kunstfeld in den Bereich der Migration und Integration als der neuen gesellschaftspolitischen Kampfarena gerückt erscheint. In dem Zusammenhang erscheint besonders bemerkenswert, dass das Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der Österreichischen Akademie der Wissenschaft, das sich seit vielen Jahren mit Kulturpolitikforschung beschäftigt, seinen Fokus zuletzt auf Zuwanderung, Flüchtlingswesen und Asyl gesetzt hat.³⁸

Während in Österreich die von rechten Kräften betriebene Re-Ethnisierung von Kulturpolitik nun schon seit 30 Jahren voranschreitet, schien Deutschland lange Zeit ein beeindruckendes Bollwerk gegen diesbezügliche Tendenzen zu bilden. Mit dem „verspäteten“ Erstarken rechtspopulistischer und rechtsradikaler Kräfte in der mächtigsten europäischen Volkswirtschaft scheint diesmal die Entwicklung in die umgekehrte Richtung zu gehen, um mit den Erfahrungen des kleinen Nachbarlandes Kulturpolitikforschung auch in Deutschland mit der Herausforderung einer rechten kulturellen Hegemonie zu konfrontieren. Zumindest indirekt wird dies bereits jetzt am Umstand deutlich, dass nach einer Phase des intensiven Diversitätsdiskurses Fragen der kolonialen Vergangenheit und damit eine Neubestimmung des „Eigenen“ und des „Fremden“ auch in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewonnen haben.

Dem Institut für Kulturpolitik an der Universität Hildesheim mit seinem Leiter Wolfgang Schneider ist zu wünschen, dass es bereit und in der Lage ist, sich diesen Herausforderungen mutig zu stellen. Den künftigen Forschungsergebnissen seiner Mitarbeiter*innen könnte größere Bedeutung zukommen, als uns in den zu erwartenden politischen Umständen lieb sein kann.

³⁷ Siehe dazu die in diesem Zusammenhang die durchaus fragwürdige, weil Fehlschlüsse evozierende Initiative des Europarates: „Cultural participation and inclusive societies - A thematic report based on the Indicator Framework on Culture and Democracy“

³⁸ Siehe dazu etwa Mokre, Monika (2015): Solidarität als Übersetzung - Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna. Wien. Online: <https://transversal.at/books/solidaritaetsuebersetzung>